

AKTUELL

Abfall, Chemie & Emissionen	8
Klima & Energie	10
Konsum, Gesundheit & Verbraucherschutz	14
Landwirtschaft & Gentechnik	14
Naturschutz & Biodiversität	16
Tierschutz & Ethik	20
Umweltpolitik & Umweltrecht	20
Verkehr & Tourismus	22
Wasser & Meere	23
Wirtschaft & Ressourcen	25

VERBÄNDE



Thema: BUVKO 2019	26
DNR intern	27
Gesellschaft	27
Aus den Verbänden	27
Ehrenamt	28
Preise & Ausschreibungen	28
Impressum	28

ökopädNEWS

ANU-Informationsdienst Umweltbildung	29
Schwerpunkt: Kunst & Nachhaltigkeit	

THEMEN DES MONATS

Nationale Klima- und Konsumpolitik

Programm für nachhaltigen Konsum

Weniger Treibhausgase reichen nicht für den Wandel des Gesellschafts- und Wirtschaftssystems

Seite 2

Pestizidpolitik

Eine gesündere Welt ist möglich

Verbesserungen im Pestizidrecht sich dringend notwendig

Seite 4

Erneuerbare Energien und Naturschutz

Bereden, was auf den Tisch kommt

Konfliktberatungen sind für die naturverträgliche Energiewende unerlässlich

Seite 6

Interview: Karen Thormeyer im Porträt

„Natur und Umwelt stärker verankern“

Die neue Verwaltungsgeschäftsführerin des DNR freut sich auf die anstehenden Herausforderungen

Seite 19

Pestizidpolitik

Eine gesündere Welt wählen ist möglich

Verbesserungen im Pestizidrecht sind dringend notwendig

Das europäische Pestizidrecht und seine mangelhafte Umsetzung stehen in der Kritik. Bevölkerung und Fachleute kritisieren nicht nur den Beitrag der pestizidintensiven Landwirtschaft zum dramatischen Artenschwund. Auch das Problem der intransparenten, lückenhaften und von der Pestizidindustrie beeinflussten Bewertung von Pestiziden im Rahmen der Zulassung – Stichwort Glyphosat – findet große Beachtung. ■ VON SUSANNE SMOLKA, PAN GERMANY

Pestizide besitzen aufgrund ihres Verwendungszwecks per se ein hohes Gefährdungspotenzial für Umwelt und Gesundheit. Die sogenannten Pflanzenschutzmittel (PSM) werden in erheblichen Mengen großflächig in die Umwelt ausgebracht. In den vergangenen 15 Jahren sind weder die Absatzmengen noch die Anzahl eingesetzter Wirkstoffe oder der formulierten Mittel in Deutschland zurückgegangen. Im Gegenteil, es gibt sogar einen Aufwärtstrend. Experten, Fachgremien wie der Sachverständigenrat für Umweltfragen und auch das Umweltbundesamt sehen den intensiven Einsatz von Pestiziden in der Landwirtschaft als wichtigen Faktor für den anhaltenden Rückgang der Biodiversität in der Agrarlandschaft und für die Belastungen von Oberflächen- und Grundwasserkörper. Dennoch lässt eine Agrarwende – weg von einer pestizidintensiven Landwirtschaft hin zu einer nachhaltigen, agrarökologischen Landbewirtschaftung – immer noch auf sich warten.

Das EU-Pestizidrecht – ein guter Ansatz, aber ...

Eigentlich sollte das 2009 überarbeitete und verschärfte europäische Pestizidrecht, gestützt auf dem Vorsorgeprinzip, die Belastung von Mensch und Natur reduzieren helfen. Die neue Pestizid-Verordnung 1107/2009/EG soll sicherstellen, dass zugelassene Pestizide keine schädlichen Auswirkungen auf die Gesundheit von Mensch oder Tier und keine unannehmbaren Auswirkungen auf die Umwelt haben. Den Mitgliedstaaten gewährt die Verordnung das Recht, im Sinne der Vorsorge

Mittel vom Markt zu nehmen, wenn wissenschaftliche Ungewissheit besteht, ob sie unannehmbare Risiken bergen. Erstmals wurde die Artenvielfalt als eigenes Schutzgut benannt und empfindlichen Gruppen wie Kindern besonderer Schutz gewährt. Nach dem neuen „Gefahrenansatz“ sollen Pestizide mit besonders gefährlichen Stoffeigenschaften wie Kanzerogenität, hormoneller Schädlichkeit oder hoher Umweltgefährlichkeit gar nicht mehr zugelassen werden. Auch wurde mit dem sogenannten „Substitutionsprinzip“ – zumindest auf dem Papier – eine vergleichende Bewertung verankert, die weniger gefährlichen alternativen Wirkstoffen und Verfahren den Vorrang einräumt.

... verzögert, verschleppt, verwässert

Die Regelungen und Zielsetzungen des Gesetzespakets wurden aus Sicht des Umwelt- und Verbraucherschutzes begrüßt, beinhalteten sie doch auch von Umweltschutzgruppen wie PAN seit Langem eingeforderte Verbesserungen für den Umwelt- und Verbraucherschutz. Allerdings hält sich das Engagement der Entscheidungsträger, die Vereinbarungen auch ambitioniert umzusetzen, in Grenzen.

Bei der Risikobewertung und Pestizidzulassung gibt es erhebliche Umsetzungsdefizite und zudem ist die Risikobewertung an sich vielfach mangelhaft. Dies hat sich unter anderem bei der Bewertung der hoch bienengefährlichen Neonikotinoid-Wirkstoffe gezeigt. Weitere Beispiele für Mängel sind beispielsweise die Intransparenz der von der Industrie bereitgestellten Daten, die unter starkem Lobbydruck um Jahre verzögerten Verfahren zur Bewertung hor-

monell schädlicher Pestizide oder die Verlängerung von Genehmigungsfristen von Wirkstoffen, die bereits nach der neuen Gesetzgebung hätten überprüft werden müssen. Testverfahren, die eigentlich auf den neuesten wissenschaftlichen Stand gebracht oder einfach nur angenommen werden müssten, wie im Fall einer Prüfleitlinie zur Bewertung der Bienentoxizität von Pestiziden, die seit 2013 unbenutzt in der Schublade liegt, werden nicht zeitnah angepasst. Eine 2016 durchgeführte Analyse der gängigen Genehmigungspraxis durch die EU-Ombudsfrau Emily O'Reilly deckte zudem auf, dass Pestizidwirkstoffe häufig trotz Datenlücken zugelassen werden. Statt die Genehmigung zu verweigern, wurde den Antragstellern jahrelang Zeit gegeben, die fehlenden Daten nach der Zulassung des Pestizidwirkstoffs nachzuliefern, wie beispielsweise beim hoch bienengefährlichen Wirkstoff Sulfoxaflor, der 2015 zunächst ohne Daten zur Bienenschädlichkeit genehmigt wurde.

Die Zivilgesellschaft fordert Verbesserungen

Besonders im Verlauf der hart umkämpften Wiedergenehmigung des Totalherbizids Glyphosat, der Auseinandersetzung um dessen krebserregende Wirkung und negativen Auswirkungen auf Ökosysteme haben sich Bewertungsmängel und Abgründe hinsichtlich der Einflussnahme durch Monsanto – jetzt Teil von der Bayer AG – offenbart. Hinzu kam, dass der damalige Bundeslandwirtschaftsminister Christian Schmidt für die Verlängerung der Glyphosatgenehmigung gestimmt hatte, obwohl das mitstimmungsberechtig-

te Umweltministerium sich klar dagegen positioniert hatte und in solchen Fällen stets eine Enthaltung der Bundesregierung erfolgt. Diese Verstrickungen und Skandale haben viele BürgerInnen wachgerüttelt.

Es formierte sich 2017 die Europäische Bürgerinitiative (EBI) „Stop Glyphosat“, die in kürzester Zeit über eine Million UnterzeichnerInnen fand. Neben dem Verbot von Glyphosat forderte die Bürgerinitiative von der EU, das Zulassungsverfahren für Pestizide zu reformieren und EU-weit verbindliche Reduktionsziele für den Einsatz von Pestiziden mit Blick auf die Erreichung einer pestizidfreien Zukunft festzulegen. Infolge der Bürgerbewegung formierte sich 2018 die Initiative „Citizens for Science in Pesticide Regulation“. Diese Koalition aus über 130 zivilgesellschaftlichen Organisationen, Institutionen und mit Unterstützung zahlreicher WissenschaftlerInnen hat ein Manifest verfasst und eine „rigorose Wissenschaft, sicheres Essen und eine gesunde Umwelt“ bei der gerade stattfindenden Bewertung der EU-Pestizidgesetzgebung eingefordert, um zu einem besseren Schutz vor Pestiziden in Europa beizutragen. Jüngst wurde zusätzlich ein umfangreiches Hintergrundpapier, das „White Paper“ veröffentlicht und das Engagement geht weiter.⁽¹⁾

Politische Akteure suchen Lösungen – endlich!

Die EU war durch das Erreichen der großen Unterstützerzahl der EBI gezwungen, sich mit deren Forderungen zu befassen. Und es passiert(e) tatsächlich einiges: So formierte sich Anfang 2018 ein Sonderausschuss des EU-Parlaments.⁽²⁾ Der Abschlussbericht, der viele der im Manifest der NGO-Koalition geforderten Verbesserungsvorschläge aufgreift, wurde im Januar 2019 mit großer Mehrheit vom EU-Parlament angenommen. Jetzt sind die EU-Mitgliedstaaten und die Europäische Kommission aufgefordert, die Zulassungspraxis deutlich zu verbessern, keine Datenlücken mehr zu erlauben, die Transparenz zu erhöhen, unabhängige Wissenschaft stärker zu berücksichtigen und Interessenkonflikte zu verhindern.

Konkrete Verbesserungen beinhaltet bereits ein von der EU-Kommission vorgelegter Verordnungsvorschlag, der eine höhere Transparenz bei der Zulassung von Pestiziden sicherstellen soll. Der Entwurf über „Transparenz und Nachhaltigkeit der EU-Risikobewertung im Bereich der Lebensmittelkette“ („General Food Law“) befindet sich derzeit im Trilog-Verfahren zwischen EU-Parlament, Rat und Kommission und wird voraussichtlich im Frühjahr verabschiedet werden.⁽³⁾ Hier zeichnet sich ein Schritt in die richtige Richtung ab.

Die an der EBI beteiligten BürgerInnen können stolz auf sich sein über das, was sie mit ihrem Engagement angestoßen haben. Nun sollten sie in ihrem Engagement nicht nachlassen, denn im Rahmen des derzeitigen Fitness-Checks der Pestizidverordnung besteht weiterhin die Gefahr, dass im Sinne der Pestizidindustrie errungene Schutzstandards wie der Gefahrenansatz aufgeweicht oder gar zurückgenommen werden. Richtungsweisend wird diesbezüglich auch die Europawahl im Mai dieses Jahres sein. Die NGO-Koalition wird den KandidatInnen auf den Zahn fühlen, wie ernst ihnen der Verbraucher- und Umweltschutz im Pestizidrecht und darüber hinaus in der Agrarpolitik ist. Klar ist: Wer wählen geht, kann dazu beitragen, eine gesündere Welt zu gestalten.

Anmerkungen

- ▶ (1) Citizens for Science in Pesticide Regulation: www.citizens4pesticideform.eu
- ▶ (2) Sonderausschuss des Europäischen Parlaments für das Genehmigungsverfahren der EU für Pestizide (PEST): www.europarl.europa.eu/committees/en/pest/home.html
- ▶ (3) COM(2018) 179 final: <https://eur-lex.europa.eu/legal-content/DE/TXT/PDF/?uri=CELEX:52018PC0179&from=EN>

Die Biologin Susanne Smolka ist Referentin für Pestizide und Biozide beim Pestizid Aktions-Netzwerk e.V. (PAN Germany).

Kontakt:
Tel. +49 (0)40 / 3991910-24,
E-Mail: susanne.smolka@pan-germany.org,
www.pan-germany.org



Nachhaltigkeit

A-Z



V wie Vertrauen

Henning von Vieregge beleuchtet bürgerschaftliches Engagement aus verschiedenen Blickwinkeln und untersucht, wie dieses zu einer lebendigen, vielfältigen und vertrauensvollen Demokratie beiträgt. Sein Buch ist ein kurzweiliger Mix aus Erzählung, Erfahrungsbericht und wissenschaftlicher Reflexion.

H. v. Vieregge
Wo Vertrauen ist, ist Heimat
Auf dem Weg in eine engagierte Bürgergesellschaft
240 Seiten, broschiert, 16,- Euro,
ISBN 978-3-96238-089-2

Erhältlich im Buchhandel oder versandkostenfrei innerhalb Deutschlands bestellbar unter www.oekom.de. Auch als E-Book erhältlich.

 oekom

Die guten Seiten der Zukunft

THEMA

Verkehrstrend: Mehr fahren – seltener ankommen

Unsere Wege werden immer länger, zugleich erreichen wir weniger Ziele. Das zeigt die jüngste Großstudie „Mobilität in Deutschland“ des Bundesverkehrsministeriums. Dieser Trend sollte aus ökonomischen, ökologischen und sozialen Gründen gebrochen werden – zugunsten kurzer Wege und einer größeren Auswahl von nahen statt fernen Zielen. ■ VON ROLAND STIMPEL, FUSS e.V./BUVKO-KONGRESSBÜRO

■ Mehr Aufwand – weniger Ertrag. Das ist ein unerfreuliches Kernergebnis der landesweit größten Verkehrsstudie „Mobilität in Deutschland“ (MiD 2018), die im November 2018 präsentiert wurde. Im Auftrag des Bundesverkehrsministeriums hatte das Forschungsinstitut Infas im Jahr zuvor bei 316.361 Personen die an jeweils einem Stichtag zurückgelegten Wege erfragt – insgesamt 960.619 Fahrten und Gänge.

Solche Studien gibt es seit den 1970-er Jahren; die vorletzte fand 2008 statt. Damals hatten die Befragten im Schnitt an ihrem Befragungstag 11,5 Kilometer zurückgelegt. Bis 2017 wuchs die Distanz auf 12,5 Kilometer. Wir brauchen mehr Kilometer, womit die individuellen Kosten für den Verkehr steigen, ebenso die gesellschaftlichen – die Belastung von Infrastruktur und Umwelt. Der aufwendigere Verkehr erfüllt aber deutlich schlechter als neun Jahre zuvor seinen Zweck, nämlich das Erreichen anderer Orte. 2008 legten die Befragten im Mittel 3,4 Wege zu einem Ziel zurück, 2017 nur noch 3,1.

Die Kilometerzahl ist vor allem durch mehr und längere Arbeitswege in die Höhe getrieben worden. Zwischen 2008 und 2017 stieg die Zahl der Erwerbstätigen um 3,4 Millionen. Teilweise wurde der Anstieg jedoch durch mehr Homeoffice-Tätigkeiten kompensiert. Den Rückgang der Wegzahl erklären die Autoren der Studie vor

allem mit einem „überdurchschnittlichen Rückgang bei Kindern und Jugendlichen sowie bei Haushalten mit niedrigem ökonomischem Status“. Die Zunahme des Sozialgefälles bei der Mobilität schlägt sich bei Ärmern in insgesamt weniger Wegen und weniger Autogebrauch nieder, dagegen höheren Anteilen von Fuß- und öffentlichem Verkehr.

Die Anteile der verschiedenen Verkehrsmittel an allen Wegen („Modal Split“) änderten sich von 2008 bis 2017 nur wenig. Der Anteil der im Auto selbst gefahrenen Wege bleibt mit 43 Prozent gleich; der der Mitfahrer in Autos Dritter sank leicht. Innerhalb des „Umweltverbunds“ gab es statistisch einen deutlichen Zuwachs bei Bus und Bahn von 8 auf 10 Prozent aller Wege, bedingt vor allem durch die Zunahme der Arbeitswege. Das Fahrrad gewann leicht von 10 auf 11 Prozent; der Anteil des Fußverkehrs ging von 24 auf 22 Prozent zurück. Allerdings ist zu berücksichtigen, dass hier nur die komplett zu Fuß zurückgelegten Wege gezählt wurden, nicht die Fußwege zu und von Haltestellen und Parkplätzen, die einen nicht geringen Teil des Fußverkehrs ausmachen. Schon ohne diese Wege hat der Fußverkehr vor allem in Ballungsräumen nach wie vor eine führende Rolle: In Deutschlands größten Metropolen Berlin und Hamburg haben die reinen Fußwege jeweils Anteile von 27 Prozent an der gesamten Mobilität.

Sollen und können mehr Wege vom Auto auf andere Verkehrsmittel verlagert werden? Das ist ein wichtiges Thema des BUVKO-Kongresses – siehe Kasten. Bei kurzen Wegen ist die Verlagerung relativ leicht möglich, wenn die Zeit-, Sicherheits- und Komfortbedingungen des Gehens und Radfahrens verbessert werden. Doch die meisten Autofahrten sind länger: Die Hälfte aller Fahrten umfasst mehr als 5,7 Kilometer. Nur im öffentlichen Verkehr werden

noch größere Entfernungen zurückgelegt; hier ist die Hälfte aller Wege mindestens 7,2 Kilometer lang. Er bietet auf längere Sicht das größte Verlagerungspotenzial vom Autoverkehr.

Aber darf es überhaupt ein politisches Ziel sein, individuelle Verkehrsmittelwahl und Verkehrsverhalten zu beeinflussen? Das gilt manchen als Eingriff in persönliche Freiheitsrechte der Bürger. Doch jede Verkehrspolitik beeinflusst Verhalten. Sie tut es mit Entscheidungen für oder gegen bestimmte Verkehrsinfrastruktur, durch die Verteilung von Flächen, durch Bau oder Nichtbau bestimmter Verkehrswege, durch Bevorrechtigung oder Subventionierung. Sie tut es unfreiwillig auch dann, wenn die Entscheider sich neutral wähnen und gar nicht anstreben, das Verhalten der Verkehrsteilnehmer zu beeinflussen.

Wenn es aber unvermeidlich ohnehin geschieht, dann sollte es nicht zufällig und ungesteuert sein, sondern strategisch zum Erreichen gesellschaftlicher Ziele. Auch aus der MID 2018 lassen sich solche Ziele ableiten, die konsens- oder zumindest mehrheitsfähig sind: weniger Verkehrsaufwand und mehr Ertrag in Form erreichter Orte. Weniger Autoverkehr, der besonders viele Ressourcen und Flächen braucht, besonders unfallträchtig ist, andere Verkehrsmittel hemmt und wegen seiner hohen Kosten die Mobilität sozial besonders ungleich verteilt. Dafür mehr öffentlicher, Fuß- und Radverkehr als ein ökonomisch, ökologisch, sozial und urban effizienterer Mobilitätsmix. Hier sind andere europäische Länder und ihre Metropolen Deutschland weit voraus.

► FUSS e.V., Fachverband für Fußverkehr und Mitorganisator des BUVKO, Sprecher Roland Stimpel, Tel. +49 (0)163 / 1833 508, E-Mail: roland.stimpel@fuss-ev.de, www.buvko.de

BUVKO 2019

Vom 15. bis 17. März findet zum 22. Mal der bundesweite Umwelt- und Verkehrskongress BUVKO statt. „Mensch und Stadt in Bewegung“ ist das Thema, zu dem sich Experten aus Praxis, Wissenschaft und engagierter Bürgerschaft in den Räumen der Hochschule Darmstadt austauschen. Info und Anmeldung: www.buvko.de Der oekom verlag ist Medienpartner des BUVKO.

DNR INTERN

Bündnis für Gemeinnützigkeit

Viele Pläne für 2019

■ Mitte Januar fand in Genshagen die alljährliche Klausurtagung des Bündnisses für Gemeinnützigkeit statt. Nach zwei Jahren endet die Sprecherratsfunktion des Deutschen Naturschutzrings. Als Nachfolge für Helga Inden-Heinrich (DNR) wurde Daniela Geue vom Deutschen Spendenrat in den Sprecherrat – dem zudem Erich Steinsdörfer (Stifternverband für die Deutsche Wissenschaft) und Jana Rosenboom (venro, derzeit Elternzeit) angehören – gewählt. Das Bündnis bedauert, dass im Zuge der Konstituierung des neuen Bundestages kein Vollausschuss „Bürgerschaftliches Engagement“ zustande kam, sondern erneut nur ein Unterausschuss.

Für 2019 wurden folgende Themen beschlossen:

- ▶ 1. Gemeinnützigkeitsrecht: Positionierung des Bündnisses, Prüfung von Aberkennung der Gemeinnützigkeit in konkreten Fällen;
- ▶ 2. Überarbeitung der rechtspolitischen Forderungen und Erarbeitung einer Kernbotschaft zum Aufruf für die Beteiligung an der Europawahl;

Bündnis für Gemeinnützigkeit

- ▶ BAGW – Bundesarbeitsgemeinschaft der Freien Wohlfahrtspflege
- ▶ BAGSO – Bundesarbeitsgemeinschaft der Senioren-Organisationen
- ▶ Bundesverband Deutscher Stiftungen
- ▶ Deutscher Bundesjugendring
- ▶ DKR – Deutscher Kulturrat
- ▶ DNR – Deutscher Naturschutzring
- ▶ DOSB – Deutscher Olympischer Sportbund
- ▶ Deutscher Spendenrat
- ▶ Stifternverband für die Deutsche Wissenschaft
- ▶ VENRO – Verband Entwicklungspolitik und Humanitäre Hilfe deutscher Nichtregierungsorganisationen

- ▶ 3. Aktualisierung der engagementpolitischen Forderungen;
- ▶ 4. Eckpunkte und Forderungen zur deutschen EU-Ratspräsidentschaft 2020;
- ▶ 5. Zivilgesellschaft im digitalen Wandel;
- ▶ 6. Begleitung der Gründung einer Engagement-Stiftung und Positionierung von Mitwirkungsmöglichkeiten.

Das Bündnis für Gemeinnützigkeit ist ein Zusammenschluss von zehn großen Dachverbänden und unabhängigen Organisationen des Dritten Sektors sowie von Experten und Wissenschaftlern (siehe Kasten). Sein Ziel ist es, Identität, Gewicht, Außenwirksamkeit und kooperative Aktionsfähigkeit des Dritten Sektors gegenüber Politik und Verwaltung zu stärken. [hjh]

- ▶ www.buendnis-gemeinnuetzigkeit.org

GESELLSCHAFT

Spendenjahr 2018

Mehr Gelder für Natur-, Umwelt- und Tierschutz

■ Nach Angaben des Deutschen Spendenrats betrug das Spendenvolumen in Deutschland zwischen Januar und September 2018 rund 3,3 Milliarden Euro – ein Plus von 6 Prozent im Vergleich zu 2017 trotz leicht sinkender Spenderzahl. Den höchsten Anteil am Spendenvolumen insgesamt hat mit 75 Prozent die humanitäre Hilfe. Gewinne im Spendenaufkommen verzeichnen auch Umwelt- und Naturschutz (29 Millionen Euro mehr als 2017, ein Anstieg von 2,9 Prozent auf 3,6 Prozent am Gesamtvolumen) und Tierschutz (plus 18 Mio., ein Anstieg von 5,7 auf 6,4 Prozent). 2018 insgesamt betrug das Spendenvolumen hochgerechnet zwischen 5,4 und 5,5 Milliarden Euro. Die Geldspenden der 30- bis 39-, der 50- bis 59-Jährigen und über 70-Jährigen sind anteilmäßig am höchsten. [jg]

- ▶ www.kurzlink.de/spendenjahr2018

Transparenz

Service für Verbände

■ Mit einem bundesweiten Beratungszentrum aus Steuerberatern, Wirtschaftsprüfern und Best-Practice-Beispielen unterstützt das Projekt „Transparenz leicht gemacht“ gemeinnützige Organisationen beim Aufbau einer transparenten Organisationsstruktur. So können Verbände ein kostenloses Arbeitsbuch (eBook) mit einer Anleitung zu den Themen Rechnungslegung, gemeinnütziges Steuerrecht, internes Kontrollsystem, Haftung und Versicherung, Rechtsformwahl, Jahres- und Finanzberichterstattung und Adressatenbestimmung bekommen. Das Projekt zu Transparenz ist eine Initiative des Deutschen Spendenrats. Das eBook steht allen interessierten Organisationen auf Anfrage kostenlos zur Verfügung. [jg]

- ▶ www.transparenz-leicht-gemacht.de

AUS DEN VERBÄNDEN

Veranstaltung

Neue Gentechnikverfahren

■ Die neuen Gentechnikverfahren wie CRISPR, TALEN oder ODM sollen angeblich Lösungen für die Welternährung und die Klimaanpassung der Landwirtschaft bringen. Was sich mit den alten Gentechnikverfahren nicht erreichen ließ, ist jetzt möglich? Risiken werden kleingeredet oder verschwiegen. Zu einem Informations- und Mobilisierungstreffen Anfang März lädt ein breites Verbändebündnis ein.

Wie funktionieren die neuen Verfahren? Welche Risiken bestehen? Welche Entwicklungen kommen auf uns zu? Welche Protagonisten gibt es? Das Treffen vom 1. bis 3. März in Naumburg richtet sich an MultiplikatorInnen, Aktive in Organisationen und Gruppen, Bauern, Imkerinnen. [jg]

- ▶ www.abl-ev.de/termine; Anmeldung bei Annetta Marie Volling, AbL e.V., E-Mail: volling@abl-ev.de

EHRENAMT

Anerkennungskultur

Motivation und Autonomie

Der BUND hat 2016 und 2018 Studien zum Engagement sowie zu Motiven und guten Rahmenbedingungen für ehrenamtliches Engagement durchgeführt. Die Ergebnisse beschreibt die Leiterin der Abteilung Freiwilligenmanagement Martina Löw im Newsletter vom Bundesnetzwerk Bürgerschaftliches Engagement (BBE). Demnach ist Anerkennung für die geleistete Arbeit und die eingesetzte Zeit für die Förderung des Engagements sowohl lokal als auch von höherer Stelle unerlässlich. Auch weil die „Rückmeldung“ von Flora, Fauna oder Umweltfaktoren selbst eher schwierig ist, sollten die Engagierten Anerkennung durch die Strukturen und Menschen vor Ort und in ihrem Verband erfahren. Eine wichtige Rahmenbedingung für die Übernahme gesellschaftlicher Verantwortung seien außerdem Autonomie und Selbstbestimmtheit. Wenn Engagierte partizipativ einbezogen und ihre Ideen aufgegriffen würden, sei dies auch eine Form von Anerkennung. Institutionalisierte Formen der Danksagung sind eine weitere Möglichkeit, jedoch sei die ansprechendste und damit nachhaltigste Anerkennung der direkte Dank, schreibt Löw. [jg]

► www.kurzlink.de/bbe-loew-2018

PREISE UND AUSSCHREIBUNGEN

Negativpreis

Dinosaurier des Jahres: RWE-Chef Schmitz

Wegen seines „absichtlichen Foulspiels an Klima und Natur“ hat der Naturschutzbund im Dezember seinen jährlichen Negativpreis an Rolf Martin Schmitz verlie-

hen. Während national die Kohlekommission und international Klimakonferenzen um politische Kompromisse rangen, habe sich der Vorstandsvorsitzende des Energieriesen RWE „mit seiner unzeitgemäßen Machtdemonstration im Streit um die Rodung des Hambacher Waldes selbst ins Abseits gestellt“, begründete NABU-Präsident Olaf Tschimpke die Wahl zum „Dinosaurier des Jahres“. Schmitz habe ohne Rücksicht auf die laufenden Verhandlungen in der Kohlekommission über einen geregelten Kohleausstieg und die Folgen für Natur und Umwelt mit der Rodung des Waldes Tatsachen schaffen wollen. Massive Proteste aus weiten Teilen der Bevölkerung erfolgten und ein Gerichtsurteil im Eilverfahren stoppte die Abholzung des Waldes vorerst. Die endgültige Entscheidung zum Hambacher Wald steht aber noch aus.

Für RWE ist es bereits der dritte Umwelt-Dinosaurier. Der Essener Energiekonzern zähle mit seinen Kohlekraftwerken zu den größten Luftverschmutzern Europas, kritisierte der NABU. [jg]

► www.kurzlink.de/nabu-dinosaurier2018

Deutscher Waldpädagogikpreis 2019

Jugend im Visier

Die Schutzgemeinschaft Deutscher Wald (SDW) schreibt den Deutschen Waldpädagogikpreis mit einem Preisgeld von 3.000 Euro aus. Das Thema für 2019: waldpädagogische Angebote für Jugendliche. Bewerben können sich Einzelpersonen, aber auch Gruppen wie Schulklassen, Arbeitskreise, Initiativen, Vereine, Einrichtungen, Trägerorganisationen, Städte und Gemeinden. Die Zielgruppe der Jugendlichen gilt als schwer motivierbar. Dennoch bezeichnet die UNESCO Jugendliche als „Change Agents“, als wichtige Vermittler für das Erreichen der Nachhaltigkeitsziele. Bewerbungsschluss ist der 31. März 2019, die nötigen Unterlagen sind auf der Internetseite zu finden. [mbu]

► www.sdw.de/waldpaedagogik/dt.-waldpaedagogikpreis

Impressum

umwelt aktuell Februar 2019

ISSN (Print) 1865-3901

ISSN (Online) 2510-6767

Herausgeber: Deutscher Naturschutzring, Dachverband der deutschen Natur-, Tier- und Umweltschutzorganisationen (DNR) e. V., Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177570, E-Mail: info@dnr.de, www.dnr.de

Verlag: oekom verlag, Gesellschaft für ökologische Kommunikation mbH, Waltherstr. 29, D-80337 München, Tel. +49 (0)89 / 5441840, E-Mail: kontakt@oekom.de, www.oekom.de

Chefredaktion: Helga Inden-Heinrich [hjh] (gesamtverantwortlich), Bjela Vossen [bv] (Europa und Internationales, verantw.), **Redaktion:** Marion Busch [mbu], Juliane Grüning [jg], Katrin Meyer [km], Lavinia Roveran [lr], Ann Wehmeyer [aw]. **Redaktionelle Mitarbeit:** Christian Hermani [ch], Konstantin Hartwig [kh], EU-Umweltbüro des Umweltdachverbandes [UWD]. **ökopädNEWS:** siehe S. 29

Kontakt/Probehefte: Redaktion umwelt aktuell, Marienstr. 19–20, D-10117 Berlin, Tel. +49 (0)30 / 678177581, E-Mail: redaktion@dnr.de, www.umwelt-aktuell.eu

Schlusskorrektur: Gotlind Blechschmidt, Augsburg. **Fotos:** Titel © DLR; S. 19 © GRÜNE LIGA Berlin/Ines Meier. **Grafik/DTP:** Marion Busch, Juliane Grüning. **Druck:** Friedrich Pustet GmbH & Co. KG, D-93051 Regensburg. Gedruckt auf 100% FSC-Recyclingpapier, Circleoffset Premium White, von Arjowiggins/Igepa group, zertifiziert mit dem Blauen Engel (RAL-UZ 14).

Erscheinungsweise: monatlich am Monatsanfang
Redaktionsschluss: 10. des vorhergehenden Monats

Abonnements/Bestellungen/Probeabos:
 Verlegerdienst München, Aboservice oekom Verlag, D-82205 Gilching, Tel. +49 (0)8105 / 88563, E-Mail: oekom-abo@verlegerdienst.de

Anzeigen: oekom verlag, Mona Fricke, München, Tel. +49 (0)89 / 544184-35, E-Mail: anzeigen@oekom.de

Die Redaktion behält sich Kürzung und Bearbeitung von Beiträgen vor und haftet nicht für unverlangt eingesandtes Material. Namentlich gezeichnete Beiträge geben nicht unbedingt die Meinung der Redaktion, des Herausgebers und des Verlags wieder.

Dieses Projekt wird finanziell vom Bundesumweltministerium gefördert. Die Förderer übernehmen keine Gewähr für die Richtigkeit, Genauigkeit und Vollständigkeit der Angaben sowie für die Beachtung der Rechte Dritter. Die geäußerten Ansichten und Meinungen müssen nicht mit denen der Förderer übereinstimmen.

